

Sudan: Prototyp eines neuen Krieges

Von ROMAN DECKERT

Am 1. Januar 1956 wurde der Sudan als zweites Land auf dem afrikanischen Kontinent nach dem Zweiten Weltkrieg unabhängig. Anders jedoch als Libyen, das 1951 von den Vereinten Nationen in die Selbstständigkeit entlassen worden war, errang der Sudan seine Souveränität von einer Kolonialmacht. Genauer gesagt, von der anglo-ägyptischen Doppelherrschaft, unter der er seit 1899 gestanden hatte. Dabei gelang es den (nord-)sudanesischen Eliten mit großem Geschick, zwischen Großbritannien und dem nördlichen Nachbarn zu navigieren. Und sie nutzten die Gunst der Stunde, als die »Freien Offiziere« 1952 unter dem Halbsudanese Mohammed Najib in Kairo König Faruk stürzten, und konnten so ohne einen blutigen Befreiungskampf das sudanesisches Selbstbestimmungsrecht aushandeln.

Während der Sudan vor 70 Jahren ein Vorreiter für die Dekolonisation Afrikas und des Nahen Ostens war, gilt er dem britischen Friedens- und Konfliktforscher Alex de Waal, einem der versiertesten Sudan-Analysten, heute als Prototyp einer neuen Art des neoimperialen Krieges am Horn von Afrika und darüber hinaus. Dieser hat zur Folge, dass der territoriale Nationalstaat von Lehensherrschaften mit fluiden Grenzen verdrängt wird. Geführt wird dieser Krieg von Milizenführern als Vasallen, die nur den zahlungskräftigen Vormächten der Region Rechenschaft schuldig sind.¹ Im Vergleich dazu

erscheint eine relativ deutliche Zweiteilung des Landes nach dem Vorbild Libyens sogar als ein weniger schlimmes Szenario.

Anstatt das 70. Jubiläum der sudanesischen Unabhängigkeit zu feiern, dominierte um die Jahreswende eine traurige Zeitmarke: Am 9. Januar wütete der Krieg zwischen den Sudanese Armed Forces (SAF) unter General Abdelfatah al Burhan und den paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) unter General Mohammed »Hemeti« Hamdan Dagalo sowie ihren jeweiligen Verbündeten bereits 1000 Tage – mit buchstäblich verheerender Wirkung: In der aktuell größten humanitären Krise der Welt sind rund zehn Millionen Menschen Vertriebene im eigenen Land und über vier Millionen in Nachbarländer geflohen.

Zwar sind seit der Rückeroberung der Hauptstadt Khartum Anfang 2025 und des südlich davon gelegenen Landwirtschaftszentrums der Gezira

etwa drei Millionen Menschen zurückgekehrt, aber sie finden ein Land vor, dessen Infrastruktur schon vor dem Krieg große Schwächen hatte und die nunmehr weitgehend in Schutt und Asche liegt.

Über die Zahl der Todesopfer lässt sich derweil nur spekulieren. Selbst nach vorsichtigen Schätzungen mussten mittlerweile wohl über 200 000 Menschen mit ihrem Leben für den Machtkampf zwischen den beiden Militärlagern bezahlen. Von einem »Bürgerkrieg« zu sprechen, wäre irreführend, da dies suggerieren

ROMAN DECKERT,
geb. 1974 in Bochum, ist
Historiker, Sudan- und
Südsudan-Analyst in
Genf für Media in Coope-
ration and Transition
(MiCT).

1 Alex de Waal, *The War That Outgrew Sudan. Middle East Rivalries Are Turning a Local War Into a Regional Crisis*, foreignaffairs.com, 8.1.2026.

würde, dass es sich um einen bewaffneten Konflikt zwischen Normalbürgern handele. Vielmehr aber ist es ein Krieg zwischen den Warlords und gegen die Zivilbevölkerung. Während in weiten Teilen des Landes, das früher als Brotkorb der Region galt, Hungersnöte herrschen, gibt es bei Waffen und Munition keinen Mangel an Nachschub. Im Gegenteil, beide Seiten rüsten weiter auf, insbesondere mit moderner Drohnentechnik, durch die auch Bewohner von Gebieten weit hinter der eigentlichen Front terrorisiert werden.

El Fascher: Unfassbares Grauen

Den bisherigen Höhepunkt des Horrors stellte die Eroberung von El Fascher, der Hauptstadt des Teilstaats Nord-Darfur, Ende Oktober vergangenen Jahres durch die RSF-Milizen dar. Auf den Fall der letzten Bastion von SAF-Verbündeten in der Westregion nach über 500-tägiger Einkesselung folgten genozidale Massaker, welche die Weltöffentlichkeit quasi in Echtzeit verfolgen konnte. RSF-Kämpfer erschossen massenhaft unbewaffnete Zivilisten, filmten sich dabei und luden die Videos auf Social-Media-Plattformen hoch. Ergänzt wurden die Schreckensbilder von den Berichten Überlebender, die sich in südlich gelegene Flüchtlingslager retten konnten. Das Yale Humanitarian Research Lab, welches das Blutbad über Satellitenbilder dokumentierte, ging schon nach wenigen Tagen von zehntausenden Getöteten aus. Ein Team der Vereinten Nationen fand bei einem Kurzbesuch Ende Dezember eine fast menschenleere Stadt vor, was den Verdacht bestärkt, dass die RSF sogar bis zu 150 000 Menschen ermordet haben könnten.

So schockierend das Ausmaß des Grauens ist, so wenig überraschte es. Vielmehr gab es zuvor klare Ansagen und etablierte Muster der Angreifer. Bereits zwei Jahre zuvor hatten RSF-Kämpfer bei El Geneina, der Hauptstadt von West-Darfur, systematisch Angehörige der Massalit-Bevölkerungsgruppe ermordet. Nach einer Untersuchung im Auftrag des UN-Si-

cherheitsrates fanden dabei bis zu 15 000 Menschen den Tod.² SAF-Soldaten und mit ihnen verbündete Milizen haben zwar ebenfalls nachweislich Kriegsverbrechen begangen, vor allem als Vergeltung nach der Rückeroberung des Gezira-Gebiets, aber ihre Untaten reichen bislang nicht an das genozidale Vorgehen der RSF heran. Experten wie der ehemalige CIA-Analyst Cameron Hudson befürchten nun, dass der Kampf um El Obeid, die Hauptstadt des an Darfur grenzenden Teilstaats Nord-Kordofan, noch blutiger werden könnte. Dort verweigert die SAF den Zivilisten die Flucht, um sie als menschliche Schutzschilde gegen die anrückenden RSF zu missbrauchen.

Koloniale Wurzeln, globale Dimension

Angesichts der unfassbaren Brutalität wäre es naheliegend, die Massenmörder als Monster zu dämonisieren. Doch das würde den Blick auf die Ursachen und globalen Zusammenhänge des Krieges verstellen. So weist die sudanesische Aktivistin Raga Makawi, die an der London School of Economics zur politischen Ökonomie am Horn von Afrika forscht, darauf hin, dass in vielen RSF-Videos die Täter nicht nur ihre Opfer erniedrigen, sondern sich auch über historische Ungerechtigkeiten seitens des sudanesischen Staates beklagen. Dabei geht es vor allem um den Mangel an Repräsentation ihrer sozialen Gruppen, die in den Peripherien leben. Die Dominanz der traditionellen Eliten-Netzwerke im Zentrum des Landes, die ein Erbe des Kolonialismus ist, ebnete vor 70 Jahren den Weg für die sudanesishe Unabhängigkeit. In der Folge erwies sie sich indes als treibende Kraft beim fortschreitenden Zerfall des Staates.

Die schlechte Regierungsführung der Khartumer Regime, die alle eine ausbeuterische Politik des Teile-und-Herrsche verfolgten, ist zwar letztlich die Hauptwurzel für die zahlreichen Kriege der letz-

² Vgl. Roman Deckert, Krieg im Sudan: Deutschlands verdrängte Verantwortung, in »Blätter«, 8/2024, S. 29–32.

ten sieben Jahrzehnte, aber in diesem Krieg haben die regionalen und globalen Komponenten eine völlig neue Dimension bekommen. Ganz maßgeblich handelt es sich auch um einen Stellvertreterkrieg der rivalisierenden Monarchien auf der arabischen Halbinsel: Auf der einen Seite steht die etablierte Vormacht Saudi-Arabien, das unter Kronprinz Mohammed bin Salman (MBS) der Hauptunterstützer der SAF ist, auf der anderen Seite stehen die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), die unter ihrem Anführer Mohammed bin Zaid (MBZ) voll auf die RSF setzen. Schon seit mehreren Jahren ist diese Konkurrenz um die hegemoniale Stellung in der Region eskaliert. Offen zutage getreten ist sie allerdings erst in den vergangenen Wochen, als die saudische Seite ultimativ gegen die VAE-Expansion im Jemen vorging.

Während das Regime in Abu Dhabi dem Druck aus Riad mit dem Rückzug aus dem Jemen nachgab, verfolgt es auf der anderen Seite des Roten Meeres weiterhin eine aggressive Strategie, um seinen Einflussbereich auszubauen. So gibt es in jüngster Zeit verstärkt Hinweise darauf, dass die VAE Nachschub für die RSF und die mit ihnen verbündeten Rebellen vom Sudan People's Liberation Movement-North (SPLM-N) über Äthiopien liefern. Vom angrenzenden Teilstaat Blue Nile im Südosten des Sudans droht dadurch ein neuerlicher RSF-Vormarsch auf Khartum. Da zugleich Eritrea die SAF mit Kämpfern aus Tigray unterstützt, könnte es zudem zu einem neuerlichen Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien kommen.

Bemerkenswerterweise spielt China kaum mehr eine politische Rolle im Sudan, nachdem es in den 2000er Jahren dort ein Hauptakteur war. Stärker als Peking mischt Moskau im geostrategischen Ringen um den Sudan mit. So sollen Söldner des russischen Afrika Corps vor kurzem von der Zentralafrikanischen Republik aus eine für Darfur wichtige Nachschubroute unter ihre Kontrolle gebracht haben. Diese Aktion der ehemaligen Wagner Gruppe, die anfangs die RSF unter-

stützte, könnte sich gegen die RSF richten, um Russlands Pläne für eine Marinebasis bei Port Sudan zu befördern. Auch wenn sich der Tschad, der bisher die wichtigste logistische Drehscheibe für die Lieferungen der VAE an die RSF war, in letzter Zeit aus dieser Position zurückgenommen hat,

»Für etwas Hoffnung auf eine Deeskalation sorgte ausgerechnet der größte Disruptor der regelbasierten Weltordnung.«

ist der Krieg im Sudan längst zu einem regionalen Flächenbrand geworden. Das zeigen auch die sich häufenden Meldungen, wonach die ägyptische Luftwaffe Konvois des libyschen Haftar-Clans mit Nachschub aus den VAE an die RSF bombardiert.

Trotz dieser Rückschläge verzeichnen Beobachter seit Oktober einen Anstieg der Frachtflüge aus den VAE mit Nachschub für die RSF, vor allem ins libysche Kuffra, obwohl Saudi-Arabien und Ägypten ihren Luftraum dafür gesperrt haben und die Flugzeuge seither große Umwege machen müssen. Die Logistik wird überdies dadurch erschwert, dass sich auch Somalia gegen die Emirate gestellt hat und als Zwischenstopp für die Flieger ausscheidet, nachdem Israel das sezessionistische Somaliland anerkannt hat. Dennoch scheint die Entschlossenheit von MBZ und seiner Kamarilla in Abu Dhabi ungebrochen, den genozidalen RSF-Vasallen um jeden Preis zum militärischen Sieg zu verhelfen. Dabei sind chinesische Drohnen von zentraler Bedeutung, ebenso wie kolumbianische Söldner, die von den VAE über Firmen in Großbritannien angeworben wurden, was die globalen Verwicklungen besonders krass verdeutlicht.

Für etwas Hoffnung auf eine Deeskalation sorgte im Dezember ausgerechnet der größte Disruptor der regelbasier-

ten Weltordnung: Nach dem Besuch von MBS im Weißen Haus erklärte US-Präsident Donald Trump, dass er sich auf die dringliche Bitte des saudischen Thronfolgers für ein Ende des Krieges im Sudan einsetzen wolle. Auch US-Außenminister Marco Rubio äußerte daraufhin erstmals deutliche Kritik an den VAE, ohne diese freilich

»Mit öffentlicher Kritik an den Vereinigten Arabischen Emiraten verfügt die Bundesregierung über einen wirksamen Hebel hin zu einer Deeskalation.«

beim Namen zu nennen. Bis dahin hatte die Trump-Administration das Thema Sudan dem Afrika-Sondergesandten Mas-sad Boulos überlassen. Dessen Qualifikation besteht vor allem darin, dass er der Schwiegervater von Trumps Tochter Tiffany ist. Zuvor hatte der gebürtige Libanese in Nigeria mit gebrauchten Lastwagen gehandelt. Unter seiner Führung waren die Sudan-Verhandlungen im »Quad«-Format mit Ägypten, Saudi-Arabien und den VAE ebenso erfolglos geblieben wie frühere Gespräche in Dschidda, Manama und Genf.

Sudan-Konferenz in Berlin: Friedensbemühungen ohne Druck?

Ohnehin kann sich Europa auch in Sachen Sudan nicht auf den unberechenbaren US-Präsidenten verlassen. Indes, es fehlt der politische Wille, die größte Fluchtkrise der Welt zu priorisieren. Die neue Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Serap Güler (CDU), besuchte zwar Ende Oktober den Ost-Tschad und Port Sudan, doch direkt nach dem Fall von El Fascher flog sie nach Abu Dhabi, wo sie die VAE als »Freunde Deutschlands und Europas« pries und die »strategische Partnerschaft« mit ihnen bekräftigte. Als Ende November das EU-Parlament in Straßburg eine

fraktionsübergreifende Resolution zum Krieg im Sudan verabschiedete, sorgte offenbar die Europäische Volkspartei (EVP) unter Manfred Weber (CSU) nach massiven Lobby-Interventionen einer VAE-Diplomatin dafür, dass die Emirate nicht namentlich kritisiert wurden.

Zum dritten Jahrestag des Kriegsbeginns im April wird Deutschland als Gastgeber in Berlin eine internationale Konferenz zum Sudan abhalten, zusammen mit Frankreich, dem Vereinigten Königreich und der EU. Weder SAF noch RSF sind eingeladen, aber dafür soll es auf Ministerebene koordinierende Gespräche mit ihren regionalen Unterstützern sowie mit den USA und der Afrikanischen Union (AU) geben. Außerdem ist geplant, Zusagen für die Finanzierung humanitärer Hilfe zu sammeln sowie zivilen Gruppen ein Forum zu geben. Die Afrikabeauftragte des Auswärtigen Amts, Gesa Bräutigam, hat in ihrer Ankündigung zu der Veranstaltung beteuert, Deutschland werde alles tun, was es kann, um Frieden im Sudan zu erreichen.

Die Sudan-Politik der Ampelkoalition hat bereits mehr als deutlich gezeigt, dass nichts erreicht wird, wenn man die VAE nur hinter verschlossenen Türen für ihre Unterstützung der genozidalen RSF kritisiert. Das Regime in Abu Dhabi ist allerdings äußerst empfindlich, wenn es um Reputationsverlust geht. Mit öffentlicher Kritik, selbst in diplomatisch behutsamen Dosen, gibt es also einen wirksamen Hebel für einen Politikwechsel hin zu einer Deeskalation. Das Beschwören der strategischen Partnerschaft kommt hingegen einem Freifahrtschein gleich. Wenn es die Bundesregierung wirklich ernst meint mit ihren Friedensbemühungen, könnte sie das ganz leicht demonstrieren: Sie könnte einfach Zweifel äußern, ob sie unter diesen Umständen ihre Zustimmung zum geplanten Verkauf von Airbus-Militärtransportflugzeugen vom Typ A400M an die VAE geben wird. Das wäre mit Blick auf die Massaker von El Fascher wohl das Mindeste. ◻